

Statements der Bundesbürger
zur aktuellen **Wirtschaftspolitik**



Aktuelle Ergebnisse der 2. Welle
des **Ethik-Monitors 2009**,
Dezember 2009



Was ist der Ethik-Monitor?

Der Ethik-Monitor ist eine Werte-Studie der gemeinnützigen Hamburger Stiftung Wertevolle Zukunft. Die Studie wird in Zusammenarbeit mit der Zeppelin Universität in Friedrichshafen unter wissenschaftlicher Leitung von Professor Joachim Behnke erarbeitet. Die Grundlage bildet eine telefonische Befragung mit repräsentativer Zufallsstichprobe von n=1000. Sie wurde in diesem Jahr durch das Meinungsforschungsinstitut BACES der Universität Bamberg durchgeführt.

Der erste Ethik-Monitor 2006 mit dem Schwerpunkt Wirtschaft offenbarte u. a., dass das Vertrauen der Bürger in Wirtschaftsunternehmen gering ist und nur ein kleiner Teil der Bevölkerung das Wirtschaftssystem für funktional, gerecht und transparent hält. Führende Wirtschaftsvertreter wurden als korrupt und nicht am Gemeinwohl orientiert eingestuft.

Der Schwerpunkt des Ethik-Monitors 2009 liegt im Bereich Politik und Werte. In zwei Wellen mit einer Gesamtstichprobe von n=1000 (April und September 2009) wurden in erster Linie Einstellungen zum politischen System, zu den Spitzenpolitikern und Parteien sowie zur bevorstehenden Bundestagswahl abgefragt. Auch die Wahrnehmung des aktuellen Wirtschaftssystems wird beleuchtet.

Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der aktuellen Ergebnisse im Bereich Wirtschaftspolitik. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.wertevolle-zukunft.de.

Zusammenfassung

In der zweiten Jahreshälfte fällt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands deutlich besser aus als noch in der ersten Jahreshälfte. Auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) wird sie nun im Durchschnitt mit 2,39 statt 2,65 bewertet. Diese Erhöhung um 0,26 Skaleneinheiten ist statistisch höchstsignifikant. Auch die Erwartungen bezüglich der weiteren Entwicklung der Wirtschaftslage sind optimistischer geworden: Wurde die Zukunftslage Deutschlands im Mai noch mit 2,65 Punkten bewertet, waren es im September 2,91 Punkte. Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage hat sich im Gegensatz dazu nur minimal verändert.

Dennoch kennzeichnet nach wie vor ein Vertrauensdefizit die Wirtschafts- und Finanzwelt in Deutschland. Nur 32 Prozent der Bundesbürger glauben an die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems, an die des Finanzsystems sogar nur 12 Prozent. Lediglich 32 Prozent halten das Wirtschaftssystem nicht für ungerecht. Besonders Großbanken sehen sich mit Misstrauen konfrontiert. Gerade einmal 7,4 Prozent der Befragten schenken ihnen Vertrauen.

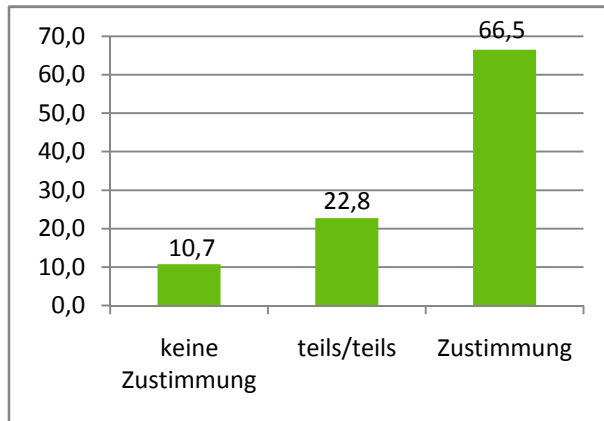
Bezüglich der Frage, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, ist das Votum der Bundesbürger klar: 60 Prozent fordern klare und feste Schranken für die Wirtschaft seitens des Staates. Bezeichnend ist, dass sogar eine eindeutige Mehrheit von 60 Prozent derjenigen, die noch Vertrauen in Großbanken haben, mittlerweile einen stärkeren Eingriff des Staates in die Wirtschaft befürwortet. In der ersten Jahreshälfte waren es nur halb so viele.

Die Forderung nach mehr Staatsinterventionen in die Wirtschaft geht einher mit einem enormen Vertrauensgewinn von Bundesregierung und Bundestag. Mit 31 Prozent der Befragten haben beispielsweise mehr als doppelt so viele Bundesbürger Vertrauen in die Bundesregierung als noch 2006. Grund dafür ist u. a. die hohe Akzeptanz der Maßnahmen, die die Regierung zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ergriffen hat. Lediglich ein Viertel der Befragten hält sie für falsch.

Obwohl die Bundesregierung sich nach außen hin als Krisenbewältiger präsentieren kann, wird ihr selbst wenig Finanzkompetenz attestiert. Zwei Drittel der Befragten stimmen dem Statement zu, dass die Bundesregierung einen Großteil der Steuern für unnötige Ausgaben verschwendet. Die Zustimmung ist besonders bei Befragten mit geringem Einkommen und niedrigerem Bildungsabschluss groß.

I. Zustimmung zu verschiedenen wirtschaftspolitischen Statements

1) „Die Regierung verschwendet einen großen Teil der Steuern für unnötige Ausgaben.“



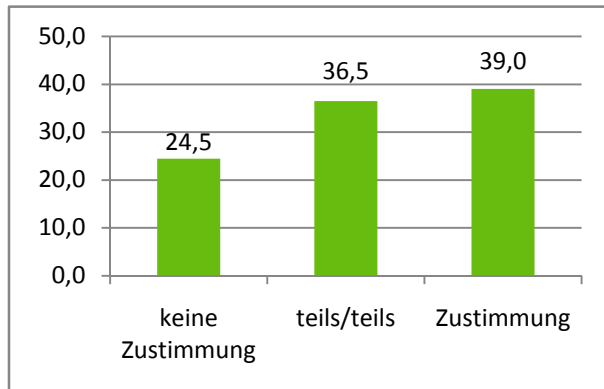
Zustimmung nach Einkommen (monatliches Haushalts-Netto-Einkommen in Euro):



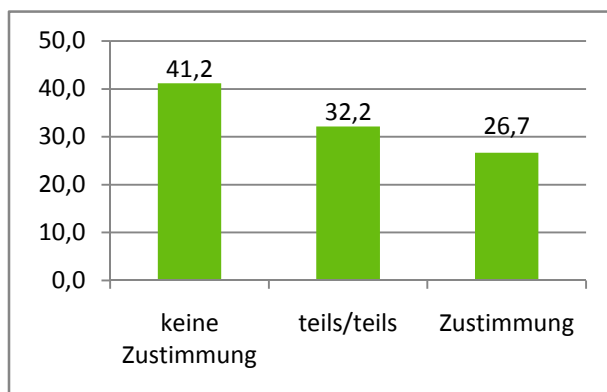
Zustimmung nach Bildungsabschluss:



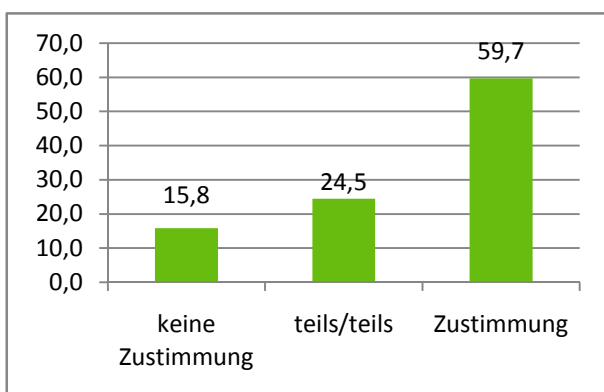
2) „Die Bundesregierung hat im Großen und Ganzen die richtigen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise ergriffen.“



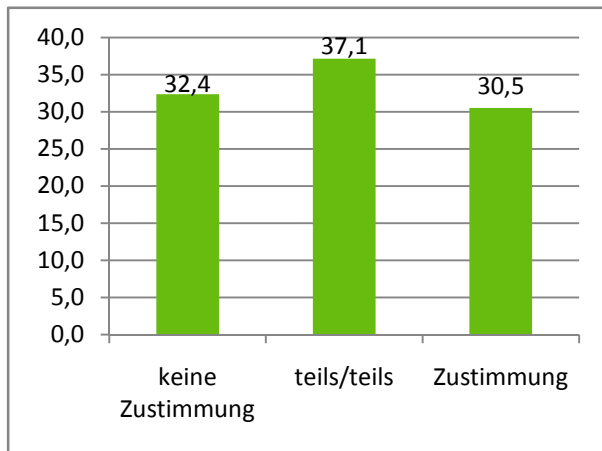
3) „Der Staat sollte sich weitestgehend aus der Wirtschaft heraushalten.“



4) „Der Staat muss der Wirtschaft klare und feste Schranken setzen.“

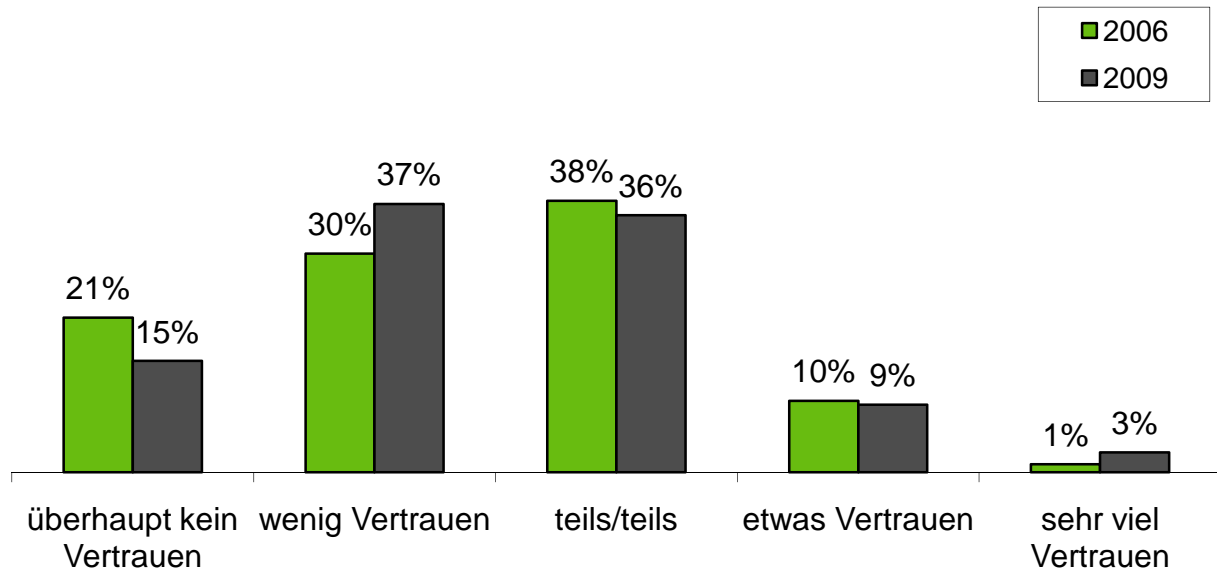


5) „Das Wirtschaftssystem in Deutschland ist ungerecht.“

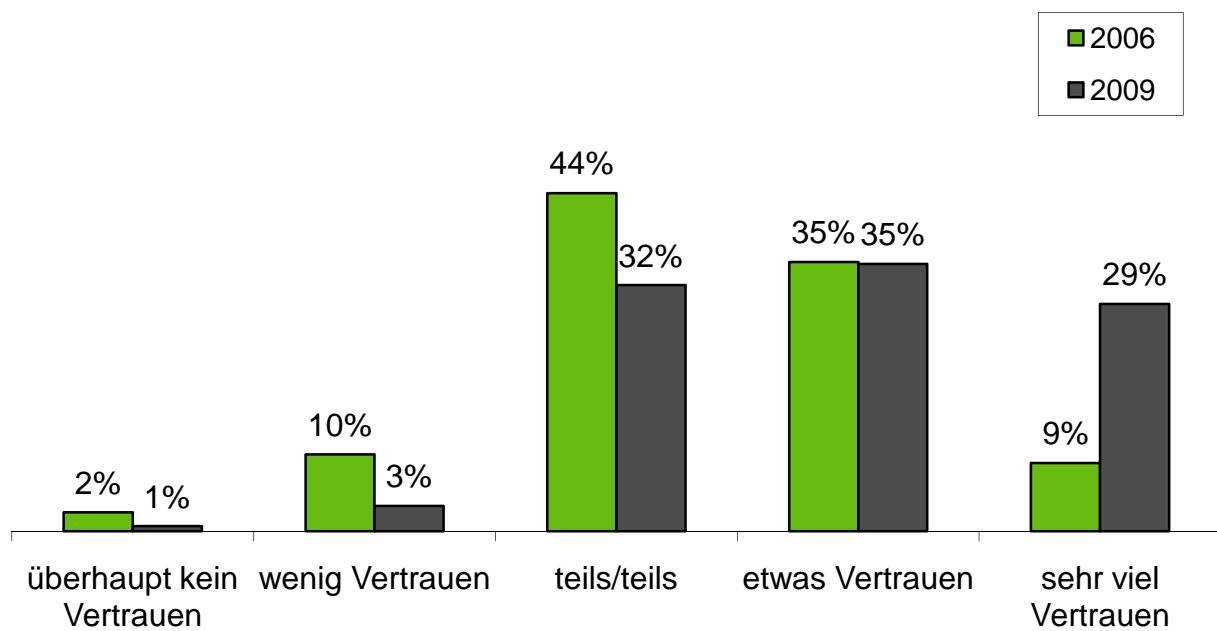


II. Vertrauen in Institutionen

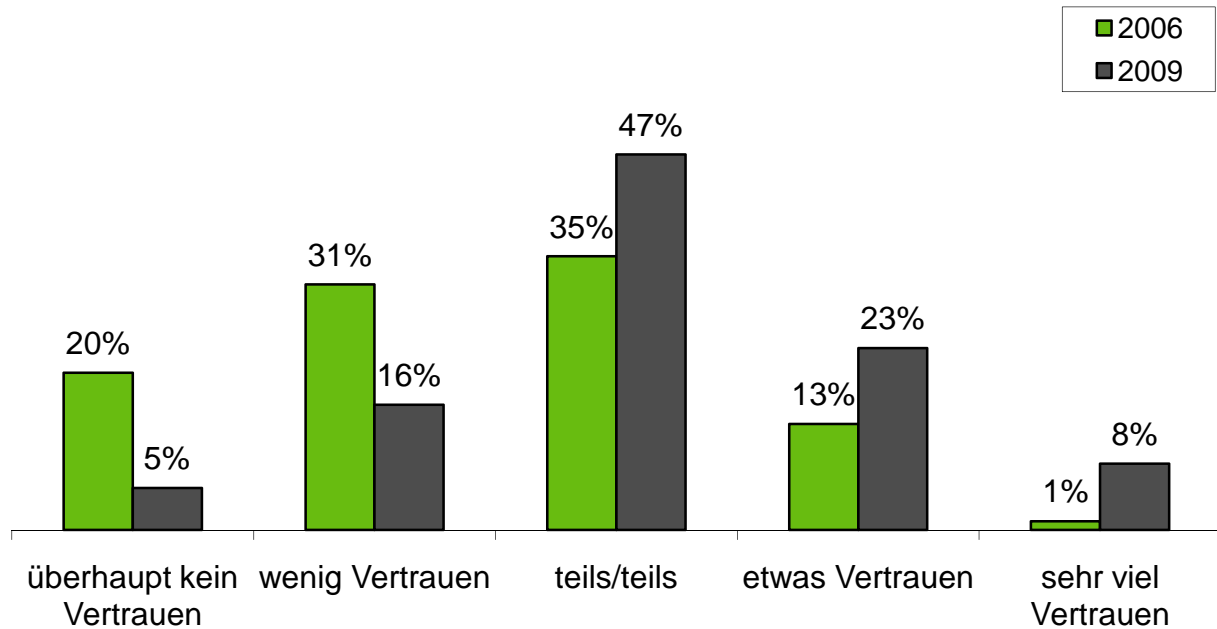
1) Vertrauen in große Wirtschaftsunternehmen 2006 und 2009



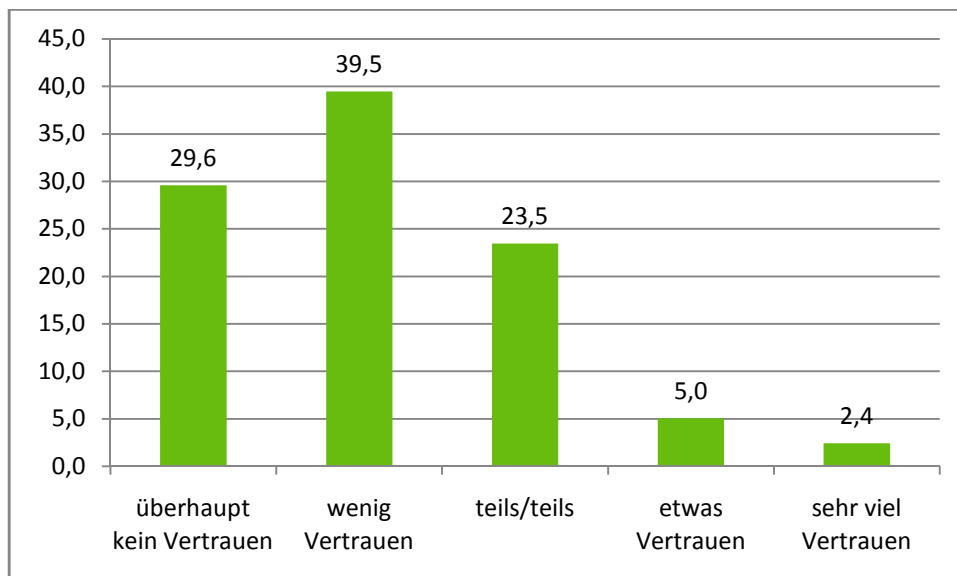
2) Vertrauen in mittelständische Unternehmen 2006 und 2009



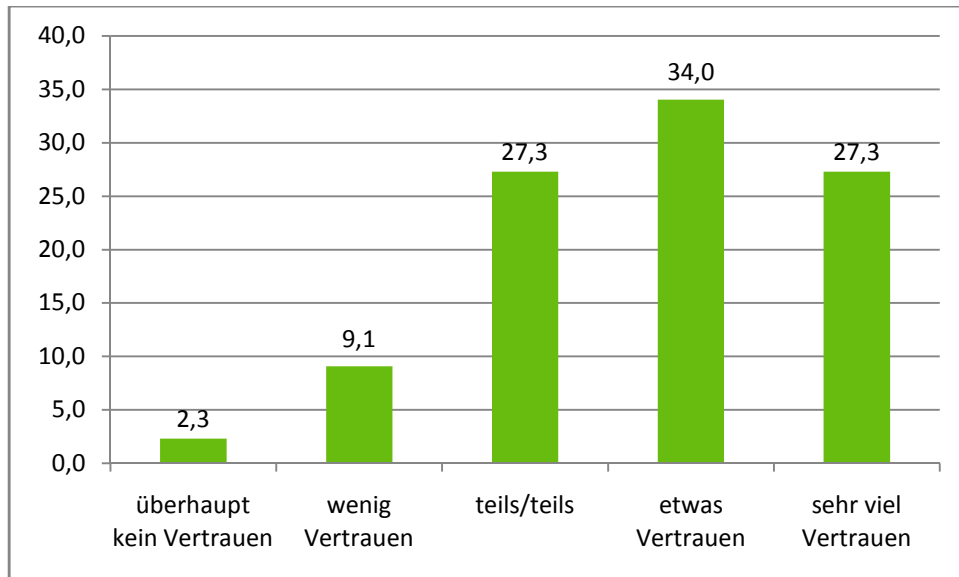
3) Vertrauen in die Bundesregierung 2006 und 2009



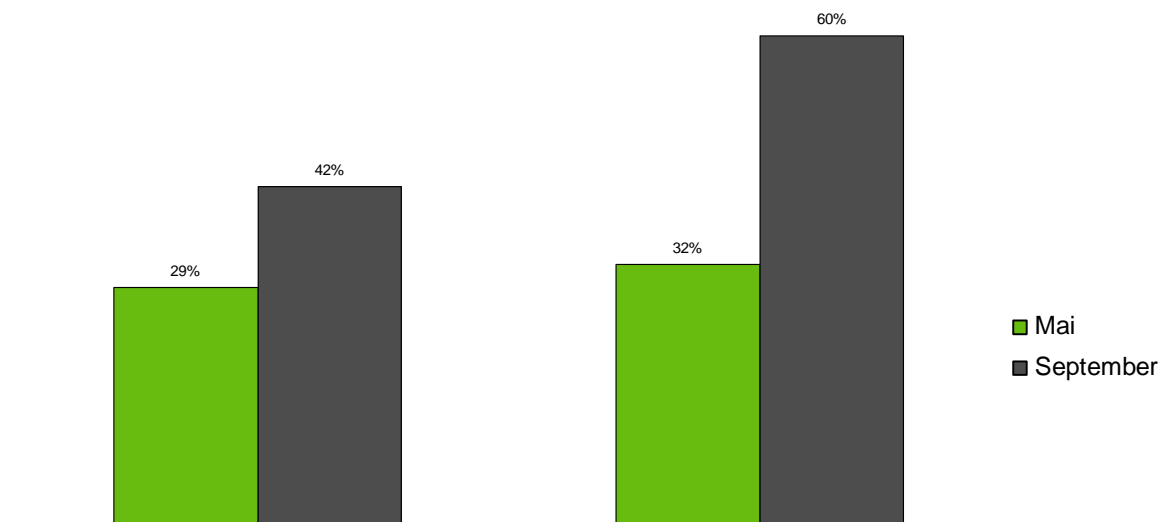
4) Vertrauen in Großbanken 2009



5) Vertrauen in kleine Banken 2009



6) Vertrauen in Großbanken und Staatsinterventionen



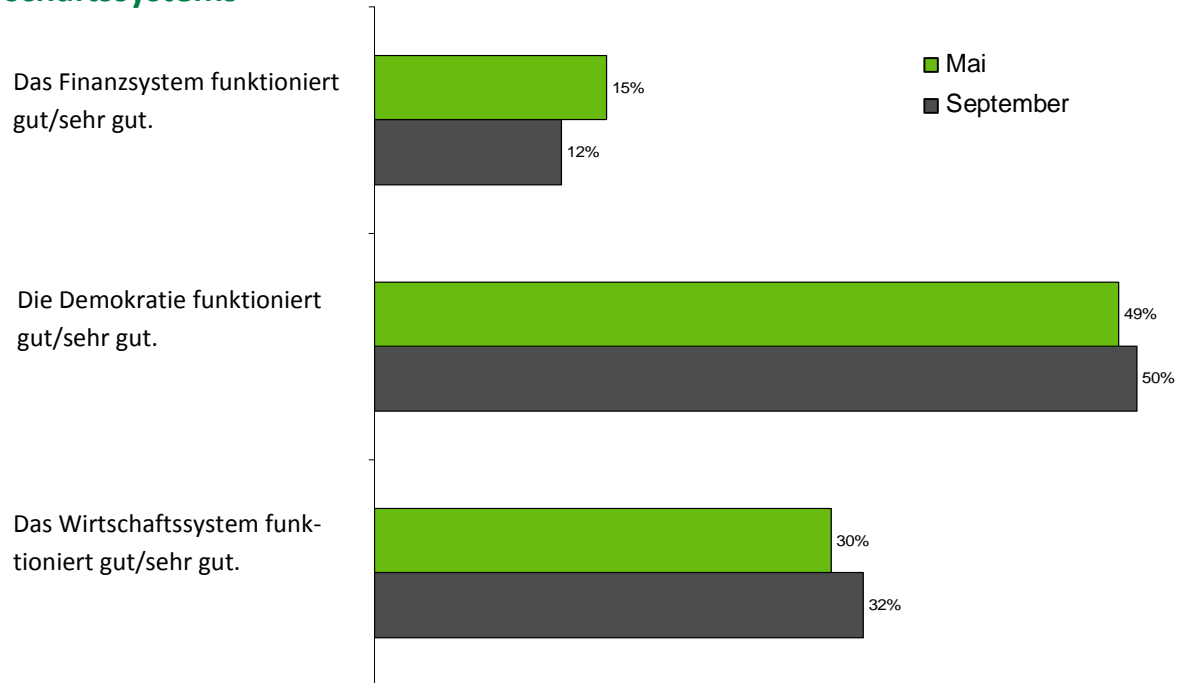
Keine Zustimmung zum Statement: „Der Staat sollte sich weitestgehend aus der Wirtschaft heraushalten.“

Zustimmung zum Statement: „Der Staat muss der Wirtschaft klare und feste Schranken setzen.“

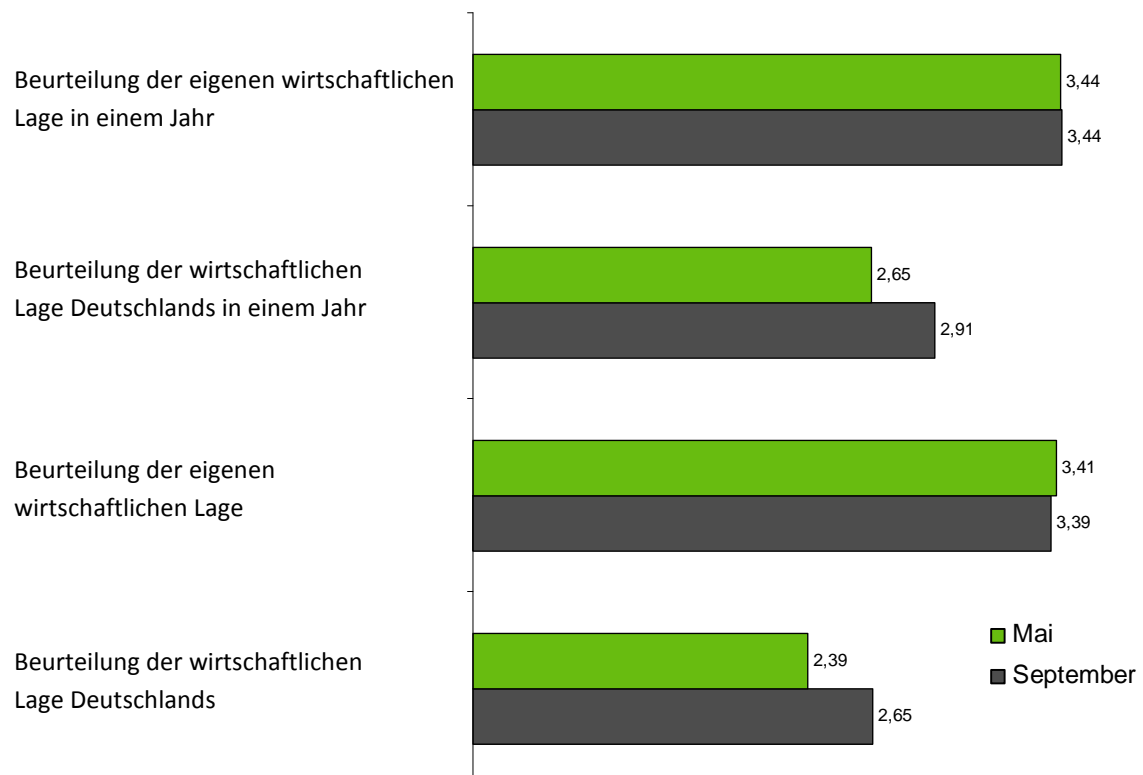
Basis: Personen, die den Großbanken zumindest eher Vertrauen (Mai: 77 Personen; September: 77 Personen)

Im September sprechen sich deutlich mehr der Personen mit Vertrauen in Großbanken für staatliche Interventionen aus als im Mai.

III. Funktionsfähigkeit des Finanzsystems, der Demokratie und des Wirtschaftssystems



IV. Beurteilung der wirtschaftlichen Lage



Tina Jansen
tina.jansen@wertevolle-zukunft.de
Telefon: 040 87 87 905 811



WERTVOLLE ZUKUNFT
Stiftung für ethisches Handeln 

Die gemeinnützige Hamburger Stiftung Wertevolle Zukunft wurde 2005 durch den Unternehmer Christian Steinberg gegründet. Sie gründet auf der Überzeugung, dass eine moderne pluralistische Gesellschaft eine gemeinsame Wertebasis benötigt. Daraus ergibt sich ihre Zielsetzung, möglichst viele, vor allem auch jüngere Menschen, an den Diskussionsprozessen über ethische Fragen und Werturteile zu beteiligen. Die Stiftung unterstützt und leitet Projekte, Initiativen und Forschung im Bereich der Wirtschafts- und Medienethik, aber auch der politischen Ethik.

www.wertevolle-zukunft.de

zeppelin university

Hochschule zwischen
Wirtschaft, Kultur und Politik

Die Zeppelin Universität (ZU) ist eine seit 2003 vom Land Baden-Württemberg staatlich anerkannte und vom Wissenschaftsrat institutionell akkreditierte Hochschule im Universitätsrang in freier Trägerschaft. Als „Hochschule zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik“ lehrt und forscht sie konsequent interdisziplinär, individualisiert und international. Ihre Bachelor- und Master-Studiengänge in Wirtschaftswissenschaften, Kultur- und Kommunikationswissenschaften sowie managementorientierten Verwaltungs- und Politikwissenschaften zielen auf zukünftige verantwortungs-bewusste Entscheider und kreative Gestalter in einer sich globalisierenden Wissensgesellschaft ab.

www.zeppelin-university.de